Änderungen zur Haushaltssatzung 2022;
Beschluss-Vorlage Nr. **6-4698/22-I**

- **Veränderungen zum Entwurf des Haushaltsplans vom 28. Februar 2022**
- **Veränderungen zur Haushaltssatzung 2022 im Gesamtergebnisplan**
mit finanziellen Auswirkungen auf die Haushaltssatzung – siehe Anlage
- **Veränderungen zur Haushaltssatzung 2022 im Gesamtfinanzplan**
mit finanziellen Auswirkungen auf die Haushaltssatzung – siehe Anlage

Anlage 1: Veränderungen zum Entwurf des Haushaltsplans vom 28. Februar 2022

1. Aus der Festsetzung der Schlüsselzuweisungen durch das Ministerium der Finanzen und für Europa ergibt sich ein Mehrertrag aus der allgemeinen Schlüsselzuweisung von 4.453.497,00 € und aus der investiven Schlüsselzuweisung von 331.720,00 €.
2. Der Kreisumlagehebesatz wird von 40,0 % auf 39,3 % reduziert. Der absolute Betrag verändert sich minimal.
3. Der Stellenplan 2022 muss um 12 Stellen erhöht werden.
Auf Grund des für Stellenbesetzungsverfahren erforderlichen Zeitrahmens sind für das Jahr 2022 keine Personalkostenerhöhungen vorzusehen.
Für das Jahr 2023 ff. sind Personalkostenerhöhungen in Höhe von 656.000,00 € für diese 12,00 VZE einzuplanen.
4. Für die technische Ausstattung des Kreistagssaals und Kreisausschusssaals zur Absicherung von Hybridsitzungen sind 350.000,00 € zu planen.
5. Im Produkt Grundstücksangelegenheiten sind Mehraufwendungen für Gas, Fernwärme, Heizkosten in Höhe von 164.000,00 € einzuplanen.
6. Im Bereich A 40 sind Mehraufwendungen für Gas und Fernwärme in Höhe von 870.520,00 € einzuplanen.
7. Im Produkt Museumsdorf Glashütte sind Mehraufwendungen in Höhe von 16.500,00 € einzuplanen.
8. Für die Integrationsberatung muss ein Eigenanteil in Höhe von 163.500,00 € erbracht werden.
9. Im Produkt 547010 ÖPNV werden kraftstoffbedingte Mehraufwendungen in Höhe von 1.938.028,00 € benötigt.

Begründung:

1 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen

Der Festsetzungsbescheid vom Ministerium der Finanzen und für Europa wurde dem Landkreis am 31.03.2022 übermittelt. Daraus ergibt sich ein Mehrertrag in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen von **4.453.497,00 €** und in den investiven Schlüsselzuweisungen von **331.720,00 €**.

2 Umgang mit Mehrerträgen aus der Kreisumlage

Aufgrund der endgültigen Umlagegrundlagen würden sich Mehrerträge aus der Kreisumlage von etwa 2,0 Mio. € ergeben, die im Wesentlichen auch auf höhere allgemeine Schlüsselzuweisungen bei den Städten und Gemeinden zurückzuführen sind.

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden stehen vor derselben Situation wie der Landkreis. Mehraufwendungen für Energie, Kraftstoff, Handwerkerleistungen bzw. insgesamt für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden treffen uns alle.

Die Mehrerträge aus allgemeinen Schlüsselzuweisungen sind also quasi schon wieder „ausgegeben“.

Deshalb sollte der bereits in der Abwägung **kommunizierte absolute Betrag** der Kreisumlage (ermittelt bei 40 v.H. der Umlagegrundlagen aus den Orientierungsdaten), beibehalten werden.

Bei einem Umlagesatz in Höhe von 39,3 v.H. ergibt sich ein Minderertrag von 5.251,00 €, jedoch eine unterschiedliche Ausprägung für die einzelne Kommune.

3 Änderungen zum Stellenplan 2022

Der am 28.02.2022 mit den Haushaltsdokumenten eingebrachte Stellenplan 2022 muss um 12,00 VZE auf insgesamt 953,64 VZE für die Besetzung folgender Stellen erhöht:

- SB Leistungen für Asylbewerber*innen (4,00 VZE)
- Sozialarbeiter*in Übergangwohnheim/Migrationssozialarbeit (1,00 VZE)
- Amtsleitung Amt für Digitalisierung und Informationstechnik (1,00 VZE)
- Sekretär*in Amt für Digitalisierung und Informationstechnik (1,00 VZE)
- SB IT-Administration (2,00 VZE)
- SB Digitalisierung (2,00 VZE)
- SB digitale Verwaltung (1,00 VZE)

Gründe für die o. g. Personalkostenerhöhung

Aufgrund der Erfahrungen mit der Personalgewinnung für diese Bereiche wird mit einer Besetzung dieser Stellen nicht vor Oktober 2022 gerechnet, weshalb die kalkulierten Personalkosten über die letzten drei Monate des Jahres rund 164.000 € betragen. Der Personalkostenansatz für die Kreisverwaltung muss trotzdem nicht erhöht werden, da nach jetziger Sachlage erwartet wird, dass die pandemiebedingten Personalmehrkosten nicht in der Höhe anfallen, wie sie vorkalkuliert worden waren. Der Ansatz soll insgesamt jedoch unverändert bestehen bleiben, einerseits um die Stellenplanerhöhung um 12 VZE ohne eine Erhöhung des Personalkostenansatzes vorzunehmen, andererseits um im Herbst/Winter 2022 für den Fall neuer Coronavirus-Wellen und einen damit möglicherweise nötigen erneuten temporären Personalaufwuchses vorbereitet zu sein. Für das Haushaltsjahr 2023 wird mit Personalkostenerhöhungen von 656.000 € für die genannten 12 VZE Stellen gerechnet.

3.1 Personalbedarf für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (Ukrainekrise)

Das Sozialamt, Sachgebiet 50.3 (Sonstige soziale Leistungen), hat einen unterjährigen Stellen- und Personalmehrbedarf von insgesamt 4,0 VZE Stellen für die Sachbearbeitung der Registratur, Aufnahme und Leistungsgewährung für Flüchtlinge und Asylsuchende beantragt.

Das Sachgebiet 50.3. weist aktuell für die Sachbearbeitung der Leistungen für Asylbewerber*innen 5,0 VZE und eine VZE als Mitarbeiterstelle aus. Für die Unterbringung, Beratung und Betreuung sind weitere 4,0 VZE Stellen als notwendig angezeigt worden.

Mit Beginn der Flüchtlingskrise 2014 waren 2015 insgesamt 20,5 VZE Stellen für diesen Aufgabenbereich und ein eigenständiges Sachgebiet eingerichtet worden, welches zusätzlich durch die Stelle des Flüchtlingskoordinators unterstützt wurde.

Durch den damaligen Rückgang der Flüchtlingszahlen wurden Stellen abgebaut, das Sachgebiet aufgelöst und die Stellen gingen in der Struktur des jetzigen Sachgebietes für sonstige soziale Leistungen auf, um hier Mehrbedarfe abzufedern.

Die aktuellen Zahlen des laufenden Fallbestandes sind per Stand 30.3.2022 mit 2.369 Fällen erfasst. Vor der Flüchtlingswelle aus der Ukraine war ein Fallbestand von ca. 1.000 Fällen festzustellen. Seit dem Beginn der Ukrainekrise ist bereits eine zusätzliche Aufnahme von 1.405 Geflüchteten zu verzeichnen. Die Aufnahmequote (Zuweisung des Landes an den Landkreis) für 2022 von 1.398 ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt überzeichnet.

Der Stellenmehrbedarf von 4,0 VZE Stellen der Leistungen für Asylsuchende und Flüchtlinge ist daher zwingend in den Stellenplan 2022 aufzunehmen.

Mit der Einrichtung von 4,0 VZE Stellen SB Leistungen für Asylbewerber aufgrund der erhöhten Fallzahlen verbindet sich auch eine Nachsteuerung in der Migrationssozialarbeit, d. h. die Unterstützung der Beratung und Begleitung von Flüchtlingen und Asylsuchenden durch Sozialarbeiter. Diese Aufgaben gehören auch zu den Pflichtaufgaben, die dem Landkreis übertragen sind.

Neben der Stärkung der Migrationssozialarbeit, die direkt im Sozialamt vorgehalten wird, sind auch die Beratungsleistungen und die Betreuung in den Unterkünften sicherzustellen. Hierzu zählen die Beratung in sozial- und migrationsspezifischen Fragen als auch die Umsetzung der Gewalt- und Sicherheitskonzepte, der Hygienebestimmungen und der Funktionsfähigkeit der Wohnheime.

Das Übergangswohnheim in Rangsdorf wird ab dem 01.07.2022 wieder vom Landkreis betrieben. Es ist vorgesehen, die Stelle direkt diesem Wohnheim zuzuordnen.

Der Stellenmehrbedarf von 1,0 VZE für die Stelle Sozialarbeiter*in

Übergangswohnheim/Migrationssozialarbeit ist daher in den Stellenplan 2022 aufzunehmen.

lfd. Nr.	Stellenbezeichnung	EG	Berücksichtigung in VZE
01	SB Leistungen für Asylbewerber*innen	EG 9 b	4,00
02	Sozialarbeiter*in Übergangswohnheim/Migrationssozialarbeit	EG S 11b	1,00
	Gesamt		5,00

3.2 Amtsgründung „Amt für Digitalisierung und Informationstechnik“ und Personalbedarf

Die Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit ihren knapp 1000 Mitarbeiter*innen versteht sich als innovativer und moderner Dienstleister für rund 173.000 Bürger*innen. Die Möglichkeiten des E-Gouvernements sind auszuweiten, um ortsunabhängig und zu jeder Zeit einen modernen Bürgerservice anbieten zu können und Verwaltungsabläufe effizient und effektiv zu gestalten. Das Thema Digitalisierung ist mittlerweile eine der größten Herausforderungen und im Wettbewerb um einen attraktiven Standort entschlossen anzupacken.

Die Digitalisierung und der damit einhergehende technologische und verwaltungskulturelle Wandel stellen den bisher größten zu bewältigenden Transformationsprozess für die Verwaltung des Landkreises Teltow-Fläming dar. Für die Kreisverwaltung bedeutet das: Die Herausforderungen der Digitalisierung anzunehmen und deren Chancen konsequent umzusetzen. In der Digitalisierung der Verwaltung liegt der Schlüssel für eine leistungs- und zukunftsfähige Verwaltung. Moderne digitale Dienste, die den Bürger*innen vermeidbare Behördengänge ersparen, sieht zudem das Onlinezugangsgesetz (OZG) als Aufgabe vor.

Die Digitalisierung der Verwaltung war ein **Kernthema der Strategiediskussionen** der Landrätin mit den Führungskräften. Der Erfahrungsaustausch mit nahezu allen Bereichen hat verdeutlicht, dass hier u.a. auch Möglichkeiten für eine wesentliche Effektivitätssteigerung gesehen werden.

Insofern ist hier ein größeres Schrittmaß nötig, um dieser Aufgabe gerecht zu werden und die Digitalisierung organisatorisch und von der zentralen Steuerung her abzubilden ist.

Temporär wurde 2017 das Sachgebiet Informationstechnik vom Hauptamt in das Amt für Schule, Bildung und Kultur integriert. Hintergrund waren die Digitalisierungsprozesse in den Einrichtungen in kreislicher Trägerschaft.

Allein diese Organisationsstruktur bildet die aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Digitalisierung nicht ab.

Ein Amt für Digitalisierung und Informationstechnik ist zur Aufgabenerledigung 2022 und für die Folgejahre ist daher **zwingend** einzurichten.

Aus den Erfahrungen zur bisherigen noch laufenden Einführung digitaler Prozesse (eAkte, DMS, beBPO etc.) ist bereits heute ein zunehmender Aufwand für eine Umsetzung durch sich verändernde rechtliche, organisatorische und sicherheitsrelevanter Rahmenbedingungen festzustellen.

Um das neue Amt zukunftsfähig aufstellen und neu geschaffene Funktionen zu besetzen, bedarf es der Schaffung weiterer Stellen. Aufgrund der noch nicht final feststehenden Aufbauorganisation des Amtes, ist im Jahr 2022 das Grundgerüst des Personalbedarfs abzudecken. Neben der Schaffung der Stelle „Amtsleitung“ bedarf es einer organisatorischen Unterstützung der/des Amtsleiters*in bei den allgemeinen Büro- Projekt- und Routinearbeiten durch eine*n Assistent*in/Sekretär*in. Weiterhin sind zwei Stellen Digitalisierung zu schaffen, die der Amtsleitung direkt unterstellt werden.

Das bisherige Sachgebiet IT-Service soll unverändert in dem neuen Amt für Digitalisierung und Informationstechnik eingegliedert werden. Für die operative Arbeit ist es darüber hinaus weiter erforderlich, 2 VZE SB IT Administration einzurichten. Diese Stellen sind nötig, um dem gesteigerten Aufwand und Aufkommen bei der Einrichtung und Pflege von Fachsoftware in den Fachämtern serverseitig zu administrieren. Die strukturelle Einbindung des neu zu schaffenden Amtes ist im Dezernat I weiterhin vorgesehen. Eine wesentliche Schnittstelle wird zum Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal hergestellt (Pkt. 1.2).

Für die anstehende Beschlussfassung des Haushalts sind die Stellenmehrbedarfe in den Stellenplan 2022 aufzunehmen, um handlungsfähig zu bleiben. Es ergeben sich folgende Stellenbedarfe für das zu bildende Amt:

lfd. Nr.	Stellenbezeichnung	EG	Berücksichtigung in VZE
01	Amtsleiter*in	14	1,00
02	Sekretär*in	07	1,00
03	SB IT-Administration	11	2,00
04	SB Digitalisierung	11	2,00
	Gesamt		6,00

3.3 Zusätzlicher Personalbedarf im Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal

Für die Veränderungsprozesse im Zusammenhang mit der Digitalisierung hat das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal eine besondere Verantwortung.

Die Zusammenarbeit der Fachämter Amt für Digitalisierung und Informationstechnik sowie des Amtes für zentrale Steuerung, Organisation und Personal wird ineinandergreifend definiert. So sind mit der Digitalisierung auch Veränderungen in der Auf- und Ablauforganisation verbunden. Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit ist nicht nur als ein technischer Prozess zu verstehen und bedingt zwingend eine Überprüfung und Anpassung der Verwaltungsabläufe. Nur dann kann eine effiziente digitale Verwaltungsarbeit erfolgen. Insofern ist die Digitalisierung ein ganzheitlicher Prozess der technischen Umsetzung aber auch der Optimierung von Verwaltungsprozessen. Für die Umsetzung der optimierten Verwaltungsabläufe sind u. a. Prozesse neu zu definieren und zu beschreiben, innerdienstliche Regelungen, Stellenbeschreibungen usw. anzupassen. Während dieser Umsetzung wird wiederum das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal die Prozesse aktiv bei personal- und personalvertretungsrechtlichen sowie organisatorischen Fragen (Stellenbeschreibungen, globale Steuerung) begleiten und unterstützen.

Es ergibt sich daraus ein Stellenbedarf für eine Stelle SB digitale Verwaltung im Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal, SG zentrale Steuerung und Organisation:

lfd. Nr.	Stellenbezeichnung	EG	Berücksichtigung in VZE
01	SB digitale Verwaltung	11	1,00
	Gesamt		1,00

4 Technische Ausstattung des Kreistagssaals und Kreisausschusssaals

Mit Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg können die Kreistagsabgeordneten beantragen, an den Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses sowie der Fachausschüsse per Video oder Audio teilzunehmen.

Am 28. Februar 2022 fand ein Testlauf einer Kreistagssitzung als Hybridsitzung statt. Ziel war es zu ermitteln, welche Technik zur rechtssicheren Durchführung von Hybridsitzungen benötigt wird. Im Ergebnis des Testlaufs wurde festgestellt, dass die vorhandene Technik (Mikrofone) nicht erweitert werden kann, da diese nicht mehr hergestellt und Ersatzteile nicht zur Verfügung stehen.

Für eine Ausstattung des Kreistagssaales sowie des Kreisausschusssaales wird folgende Technik i. H. v. insgesamt **350.000,00 €** benötigt:

Kreistagssaal:

Konferenzanlage bestehend aus 65 Sprechstellen (Schwanenhals) mit Abstimmungsfunktion und NFC-Cards sowie 3 Standmikrofone

Lautsprecher

PTZ-Kamera (selbstschwenkend)

LED Wand auf der Bühne für Präsentationen und Übertragung einer Videokonferenz

LED Wand für Sitzungsleitung

Kreisausschusssaal:

LED Wand

Deckenmikrofone

PTZ-Kamera (selbstschwenkend)

5 Mehraufwendungen für Gas, Fernwärme, Heizkosten im Produkt Grundstücksangelegenheiten

Die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (ehemals 524100) wurden auf Unterkonten aufgeteilt (hier 524102 – Gas, Fernwärme, Heizkosten). Hierdurch soll eine bessere Darstellung der Objektkosten ermöglicht werden. Der geplante Ansatz erfolgte anhand der IST-Zahl aus dem Haushaltsjahr 2020.

Preissteigerungen wurden zunächst nicht berücksichtigt. Nach Erhalt einiger Jahresabschlussrechnungen aus 2021 ergeben sich Kostensteigerungen für die neuen Abschläge. Diese liegen deutlich über dem veranschlagten Wert. Dies betrifft flächendeckend alle Gasabschläge. Zurückzuführen ist dies auf eine Vertragsverlängerung sowie auf die herrschende wirtschaftliche und politische Situation.

Ursprünglicher Ansatz 19.000,00 €, neuer Ansatz 203.000,00 €

Mehraufwand: 184.000,00 €

6 Mehraufwendungen für Gas und Fernwärme im Bereich A 40

Die Preise für Gas und Fernwärme sind steigend. Die Anbieter haben bereits ihre Abzahlungszahlungen für Gas und Fernwärme erhöht, sodass sich aktuell ein Mehraufwand in Höhe von **870.520,00 €** abzeichnet, der im Haushaltsplan 2022 nicht berücksichtigt wurde. Die Ansätze der Folgejahre erhöhen sich um jeweils 2 Prozent.

Folgende Produkte sind jeweils im Konto 524100 betroffen:

Produkt	Produktbezeichnung	Ansatz 2022 alt in €	Ansatz 2022 neu in €	Mehraufwand in €
217011	Gymnasium Rangsdorf	146.860	210.730	63.870
217012	Gymnasium Ludwigsfelde	253.630	393.890	140.260
217013	Gymnasium Luckenwalde	236.640	457.570	220.930
217014	Gymnasium Jüterbog	218.580	325.250	106.670
221011	Förderschule Mahlow	55.500	81.250	25.750
221012	Förderschule Ludwigsfelde	180.620	223.870	43.250
221013	Förderschule Luckenwalde	108.600	129.700	21.100
221015	Förderschule Groß Schulzendorf	90.040	133.780	43.740
221016	Förderschule Jüterbog	73.220	108.690	35.470
231010	Oberstufenzentrum TF	500.500	558.900	58.400
243020	Schullandheim	84.130	98.720	14.590
263010	Kreismusikschule	59.080	82.370	23.290
271010	Volkshochschule	106.080	146.130	40.050
272010	Kreismedienzentrum	24.690	35.230	10.540
367020	Wohnheim für Azubis	118.080	140.690	22.610
Gesamt		2.256.250	3.126.770	870.520

7 Mehraufwendungen für Gas, Fernwärme, Heizkosten im Produkt Museumsdorf Glashütte

Die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (ehemals 524100) in Glashütte wurden auf Unterkonten aufgeteilt (hier 524102 – Gas, Fernwärme, Heizkosten). Hierdurch soll eine bessere Darstellung der Objektkosten ermöglicht werden. Der geplante Ansatz erfolgte anhand der IST-Zahl aus dem Haushaltsjahr 2020.

Preissteigerungen wurden zunächst nicht berücksichtigt. Nach Erhalt einiger Jahresabschlussrechnungen aus 2021 ergeben sich Kostensteigerungen für die neuen Abschläge. Diese liegen deutlich über dem veranschlagten Wert. Dies betrifft flächendeckend alle Gasabschläge. Zurückzuführen ist dies auf eine Vertragsverlängerung sowie auf die herrschende wirtschaftliche und politische Situation.

Ursprünglicher Ansatz 31.000,00 €, neuer Ansatz 47.500,00 €

Mehraufwand: 16.500,00 €

8 Mehrbedarf für die Integrationsberatung

Im Produkt 315520 wird künftig ein Eigenanteil für das Integrationsbudget in der Höhe von **163.500,00 €** erforderlich. Das Integrationsbudget wird seitens des MSGIV über eine im Dezember 2021 verabschiedete Richtlinie gewährt, die nun einen kreislichen Eigenanteil von 30% vorsieht.

9 Kraftstoffbedingte Mehraufwendungen im Produkt 547010 ÖPNV

Der Großanteil an ÖPNV-Leistungen des Landkreises erbringt die kreiseigene Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF mbH). Grundlage für die bisherigen Planzahlen (hier Kraftstoff) im Haushalt 2022 war der Wirtschaftsplan der VTF mbH für das Jahr 2022, welcher im Juni 2021 übersandt wurde. Hier wird von einem Aufwand für Dieselmotorkraftstoff von 2.120.000 € ausgegangen. Durch die Erhöhung der Dieselpreise in den letzten Wochen hat die VTF mbH eine entsprechende Präzisierung der Planzahlen vornehmen müssen. Daraus ergibt sich für die VTF mbH ein Mehrbedarf von 1.642.692 €. Des Weiteren wird von den im Auftrag der VTF mbH im Linienverkehr tätigen Subauftragnehmern ein geplanter Mehraufwand von 264.136 € geltend gemacht.

Die Firma Herz Reisen Zossen GmbH erbringt ebenfalls direkt Beförderungsleistungen für den Landkreis nach dem Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA). Der von ihr im Rahmen des ÖDA prognostizierter Mehrbedarf beläuft sich auf eine Summe von 31.200 €.

Im Ergebnis wird somit ein Mehrbedarf im Produktkonto 547010-531510 von **1.938.028,00 €** benötigt.

Veränderungen zum Haushalt 2022 im Gesamtergebnisplan					
Ertrags- und Aufwandsarten	Planansatz - alt -	Veränderungen - in Euro -	Planansatz - neu -	Erläuterungen	Planfort- schreibungen (üP/VapI) *
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	210.785.670	4.448.246	215.233.916	611010.411100 Schlüsselzuweisungen vom Land (allg.) 4.453.497 611010.418200 Kreisumlage --> Minderertrag 5.251	
3. Sonstige Transfererträge	6.100.120	0	6.100.120		
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.584.380	0	9.584.380		
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.950.590	0	1.950.590		
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	77.896.230		77.896.230		
7. Sonstige ordentliche Erträge	1.110.090	0	1.110.090		
8. Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
9. Bestandsveränderungen	0	0	0		
10. =Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>316.897.180</u>		<u>321.345.426</u>		
11. Personalaufwendungen	63.509.620	0	63.509.620		
12. Versorgungsaufwendungen	479.700	0	479.700		
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.581.840	1.421.020	16.002.860	xx.522200 Aufwendungen für Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen 350.000 111190.524102 Aufwendungen für Bewirtschaftung der Grundstücke - Gas, Fernwärme, Heizkosten 184.000 217010-231010.524100 Aufwendungen für Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen 870.520 252020.524102 Aufwendungen für Bewirtschaftung der Grundstücke - Gas, Fernwärme, Heizkosten 16.500	
14. Abschreibungen	6.013.750	0	6.013.750		
15. Transferaufwendungen	207.843.570	2.101.528	209.945.098	315520.xx Eigenanteil Integrationsbudget 163.500 547010.531510 Zuschüsse Verkehrsbetriebe 1.938.028	
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.901.420		32.901.420		
17. = Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>325.329.900</u>		<u>328.852.448</u>		
18. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (10 ./ 17)	-8.432.720		-7.507.022		
19. Zinsen und sonstige Finanzerträge	400.050	0	400.050		
20. – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	571.300		571.300		
21. = Finanzergebnis	<u>-171.250</u>	<u>0</u>	<u>-171.250</u>		
22. = ordentliches Jahresergebnis (18+21)	-8.603.970	0	-7.678.272		
23. außerordentliche Erträge	0	0	0		
24. – außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
25. = außerordentliches Jahresergebnis	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
26. = Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag (22+25)	-8.603.970		-7.678.272		

* Planfortschreibungen sind in den Veränderungssummen enthalten

Veränderungen zum Haushalt 2022 im Gesamtfinanplan						
Ein- und Auszahlungsarten		Planansatz - alt -	Veränderungen	Planansatz - neu -	Erläuterungen	Planfort- schreibungen (üpl/apl) *
		- in Euro -				
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	9.470.100		9.470.100		
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	204.238.720	4.448.246	208.686.966	611010.411100 Schlüsselzuweisungen vom Land (allg.) 4.453.497 611010.418200 Kreisumlage --> Mindereinzahlung 5.251	
3.	Sonstige Transfereinzahlungen	6.100.120		6.100.120		
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.584.380		9.584.380		
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.950.590		1.950.590		
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	77.896.230		77.896.230		
7.	Sonstige Einzahlungen	1.110.090		1.110.090		
8.	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	400.050		400.050		
9.	=Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>310.750.280</u>		<u>315.198.526</u>		
10.	Personalauszahlungen	63.119.290		63.119.290		
11.	Versorgungsauszahlungen	0		0		
12.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.581.840	1.421.020	16.002.860	.722200 Auszahlungen für Unterhaltung von Geräten, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenständen 350.000 111190.724102 Auszahlungen für Bewirtschaftung der Grundstücke - Gas, Fernwärme, Heizkosten 184.000 217010-231010.724100 Auszahlungen für Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen 870.520 252020.724102 Auszahlungen für Bewirtschaftung der Grundstücke - Gas, Fernwärme, Heizkosten 16.500	
13.	Transferauszahlungen	206.072.020	2.101.528	208.173.548	315520.xx Eigenanteil Integrationsbudget 163.500 547010.731510 Zuschüsse Verkehrsbetriebe 1.938.028	
13.a	Sonstige Auszahlungen	45.076.850		45.076.850		
14.	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	571.300		571.300		
15.	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>329.421.300</u>		<u>332.943.848</u>		
16.	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9/15)	-18.671.020		-17.745.322		
17.	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	16.610.660	331.720	16.942.380	611010.681100 investive Schlüsselzuweisung 331.720	
18.	Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten	0		0		
19.	Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0		0		
20.	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0		0		
21.	Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigen Sachanlagevermögen	0		0		
22.	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen	0		0		
23.	Sonstige Einzahlungen aus der Investitionstätigkeiten	0		0		
24.	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16.610.660		16.942.380		

**Veränderungen zum Haushalt 2022
im Gesamtfinanplan**

Ein- und Auszahlungsarten		Planansatz - alt -	Veränderungen	Planansatz - neu -	Erläuterungen	Planfort- schreibungen (üpl/apl) *
		- in Euro -				
25.	Auszahlungen Baumaßnahmen	11.846.010		11.846.010		
26.	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	12.520.840		12.520.840		
27.	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	844.380		844.380		
28.	Auszahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0		0		
29.	Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	3.756.570		3.756.570		
30.	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	0		0		
31.	Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0		0		
32.	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	28.967.800		28.967.800		
33.	= Saldo aus Investitionstätigkeit (24./32)	-12.357.140		-12.025.420		
34.	= Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag (16./33.)	-31.028.160		-29.770.742		
35.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0		0		
36.	Sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	0		0		
37.	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0		0		
38.	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	3.571.660		3.571.660		
39.	Sonstige Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	0		0		
40.	= Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	<u>3.571.660</u>		<u>3.571.660</u>		
41.	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit (38./42)	-3.571.660		-3.571.660		
42.	Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0		0		
43.	Auszahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0		0		
44.	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (42./43)	0		0		
45.	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (34+41+44)	-34.599.820		-33.342.402		
46.	voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres (ohne Liquiditäts und Kontokorrentenver- bindlichkeiten)	16.229.817		16.229.817		

Veränderungen zum Haushalt 2022 im Gesamtfinanzplan						
Ein- und Auszahlungsarten		Planansatz - alt -	Veränderungen	Planansatz - neu -	Erläuterungen	Planfort- schreibungen (üpl/apl) *
		- in Euro -				
47.	= voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (ohne fremde Finanzmittel)	-18.370.003		-17.112.585		

* Planfortschreibungen sind in den Veränderungssummen enthalten